Finsinger Ohrwurm

21. Juni 1973 Nr. 7

Erscheint nach Bedarf

Die SPD berichtet vom Gemeindegeschehen

Schuttabladen verboten!

Am Kanal zwischen Finsing und Neufinsing gibt es für die Bürger der Gemeinde Finsing einen Schuttabladeplatz. Freitags von 8.oo - 12.oo und von 13.oo - 15.oo Uhr dürfen sie dort Müll abladen.

Den berufstätigen Bürgern ist mit dieser "Öffnungszeit nicht gedient.

Energische Leute rufen bei der Gemeinde an und besorgen sich den Schlüssel für die Absperrung der Mülldeponie. Andere machen es sich leichter und benutzen weiterhin die ehemalige Kiesgrube hinter der Kirche in Eicherloh.

Dort gilt aber: Schuttabladen verboten!

Nur: viele Mitbürger wissen das überhaupt nicht! Sie können es auch nicht wissen, denn kein Verbotsschild macht sie darauf aufmerksam.

Denn: verantwortungslose Leute haben wieder einmal die gemeindliche Verbotstafel verschwinden lassen. Dafür laden Berge von Schutt, Müll und Autowracks zu unbekümmerter weiterer Unrat-Ablagerung ein.

Die Gemeinde beabsichtigt, diesen Schandfleck demnächst aufzuräumen. Bis dies möglich ist, werden in Kürze neue amtliche Verbotsschilder mit Strafandrohung angebracht.

Aber damit kann man leider die Uneinsichtigen nicht bekehren, es sei denn, man erwischt sie.

Zur Gebietsreform:

Der Finsinger Gemeinderat hat drei Beschlüsse gefaßt, in denen der eindeutige Wunsch nach einer Fusion Plieningen-Gelting-Finsing zum Ausdruck kommt. Wir haben im"Ohrwurm" Nr.6 darüber berichtet.

Es wurde bei uns viel geredet und gerätselt über die möglichen Meinungen der Gemeinden Plieningen und Gelting.

Nun hat der Bürgermeister von Plieningen Anfang Juni eine Druckschrift an die Plieninger Bürger verteilt, in der die Vor- und Nachteile der verschiedenen Fusionsmöglichkeiten dargestellt sind. Dabei werden auch die letzten Beschlüsse der Gemeinderäte von Plieningen und Gelting genannt. Plieningen beschloß ("ermutigt durch das Landratsamt Ebersberg") baldigst eine Einheitsgemeinde mit Gelting zu bilden,und Gelting beschloß sinngemäß dasselbe, hielt aber in seinem Beschluß zusätzlich den Zusammenschluß mit Finsing für wünschenswert. In beiden Beschlüssen wurde die Kreiszugehörigkeit nicht angesprochen.

In dem Text des Herrn Bürgermeisters Loebner wird als Nachteil der Fusion Plieningen-Gelting-Finsing unter anderem angegeben:"Behinderung durch Kreisgrenze, Finsing besteht auf Verbleib beim Kreis Erding."

Eine direkte Stellungnahme von Plieningen und Gelting zu ihrer eigenen Kreiszugehörigkeit steht also noch aus.

Kindergartenproblem: Antrag der SPD-Fraktion im Gemeinderat

Bereits im Jahre 1971 hat es in der Gemeinde Finsing Überlegungen gegeben, das Schulhaus in Eicherloh als Kindergarten zu verwenden. Auch der vorige Gemeinderat hatte bereits einen Beschluß zur Erweiterung des Schulhauses in Finsing gefaßt.

Zwei Jahre sind nun vergangen! Was ist aus den damaligen Beschlüssen und Aktivitäten geworden? Sind durchaus sinnvolle Pläne und Absichten

der Gemeinde fallen gelassen worden wegen der bevorstehenden Gebietsreform? Soll die Gemeinde sich in entscheidend wichtigen Problemen politisch tot stellen, bis 1976 die Gemeindegebietsreform abgeschlossen ist? Wie lange dauert es dann anschließend, bis die neu entstandenen größeren Gemeinden einen Überblick gewonnen haben über die Fragen, die in den einzelnen Orten zur Lösung anstehen? Und wieviel Zeit müßte dann nochmals vergehen, bis Zuschüsse zur Finanzierung beantragt und genehmigt sind?

Wir meinen, die Entscheidung über einen Kindergarten kann nicht mehr weiter so verschleppt werden. Zwei verlorene Jahre sind mehr als genug! Ein Kindergarten ist heute notwendig!

Die SPD-Fraktion hat deshalb in ihrem Antrag vom 29.5.73 die früheren Überlegungen des vorherigen Gemeinderates erneut aufgegriffen und auf den neuesten Stand gebracht.

Zur Erweiterung des Finsinger Schulhauses wird beantragt, über die zugesagten Zuschüsse erneut Verhandlungen für 1973 aufzunehmen. Das erforderliche Raumprogramm für die Erweiterung ist zu erstellen, ausgehend von den heute gegebenen Verhältnissen. Von Architekten oder Unternehmern sind Vorentwürfe mit Kostenschätzungen einzuholen.

Auch für den dann möglichen Umbau des Schulhauses in Eicherloh zu einem Kindergarten wird beantragt, die Möglichkeiten von Zuschüssen zu prüfen und Verhandlungen mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege aufzunehmen. Außerdem muß für eine sinnvolle Umgestaltung des Eicherloher Schulhauses der Bedarf an Kindergartenplätzen festgestellt werden.

Mit diesem Antrag verfolgt die SPD zwei Ziele:

Nur durch eine Erweiterung des Finsinger Schulhauses mit Räumen für Fachunterricht kann sicher gestellt werden, daß dieses Schulhaus auch in Zukunft allen Anforderungen entspricht. Der Trend in der Schulplanung geht zu immer größeren Zusammenlegungen. Ohne Erweiterung besteht die Gefahr, daß auch das Finsinger Schulhaus irgendwann für eine Teilhauptschule nicht mehr ausreicht. Wenn aber der Erhalt der Teilhauptschule Finsing in Frage gestellt sein sollte, dann waren auch die Investitionen der Vergangenheit für dieses Schulhaus umsonst.

Das zweite Ziel der SPD ist natürlich, endlich einen Kindergarten in unserem Gebiet bereitstellen zu können. Dabei ist die Frage müßig, ob dieser Kindergarten nicht vielleicht in Neufinsing besser gelegen wäre. Das Eicherloher Schulhaus ist vorhanden, liegt idyllisch und braucht für eine Umgestaltung nur ungefähr ein Fünfzehntel der Kosten, die für einen Kindergarten-Neubau in Neufinsing nötig wären.

Ein Kindergarten ist eine notwendige Voraussetzung, um allen Kindern den Erfolg in der Schule zu erleichtern. Mit der Einrichtung der Vorschule hat der Gemeinderat einen ersten wichtigen Schritt zu diesem Ziel getan, und verdient dafür Anerkennung.

Wir meinen, daß er sich nun auch zu einer Erweiterung des Finsinger Schulhauses und zur Einrichtung eines Kindergartens in Eicherloh entschließen sollte. Zu warten bis nach der Gebietsreform hat keinen Sinn.

In Sache Bartl gegen Finsing...

Im Prozeß Fa. Fritz Bartl gegen Gemeinde Finsing wurde jetzt das vom Gericht bestellte Preisgutachten des landwirtschaftlichen Universitätsinstituts Weihenstephan bekannt.

In diesem Gutachten wird folgende Rechnung aufgestellt (runde Zahlen):

1. Die Leistung der Gemeinde

Wert eines normalen Baugrundstücks ca. 10 000 qm zu je DM 40.-		DM 400 000.-
davon gehen ab		
15% für Erschließungsstraßen	DM 60 000.-	
für Fundierungsmehrkosten	" 200 000.-	
für fehlende Humusabdeckung	" 18 000.-	
für Duldung und Verlegung des Kinderspielplatzes sowie für Wegabtretung zusammen	" 6 700.-	
Summe der Abzüge		DM 284 700.-
Verbleib als Wert der Leistung der Gemeinde		DM 115 300.-

2. Die Leistung der Firma Bartl

Wert der landwirtschaftlichen Grünfläche ca. 12 500 qm zu je DM 4.50	DM 56 600.-
von Fa.Bartl bar bezahlt	" 30 000.-
Gesamtwert der Leistung der Fa.Bartl	DM 86 600.-
3. Der Differenzbetrag zu Lasten der Fa.Bartl:	DM 28 700.-

Auf eine kritische Betrachtung dieses Gutachten müssen wir zu diesem Zeitpunkt verzichten, um für die Verhandlungsposition der Gemeinde nichts vorwegzunehmen.

Die nächste Verhandlung Bartl gegen Finsing:
Donnerstag, 5.Juli 73, 10.30 Uhr, Landgericht II München, Denisstr.2 Erdgeschoß, Zimmer 5.

FREIHEIT ◇◇◇
FÜR FUNK UND
FERNSEHEN ◇
IN BAYERN ◇◇

Am 1. Juli 1973 von 8 - 18 Uhr findet die Abstimmung zum Volksentscheid "Rundfunkfreiheit" statt. Entschieden wird über einen Antrag des Landesbürgerkomitees Rundfunkfreiheit, einen zusätzlichen Artikel in die Verfassung des Freistaates Bayern aufzunehmen, der folgenden Inhalt hat:

1. Hörfunk und Fernsehen werden ausschließlich von öffentlich - rechtlichen Anstalten betrieben.
   (d.h. keine privaten Sendeanstalten)
2. Der Anteil der Vertreter der Staatsregierung, des Senats und des Landtags im Rundfunkrat darf ein Drittel der Mitglieder nicht übersteigen. (d.h, kein CSU-Rundfunk und CSU-Fernsehen in Bayern)

Wenn Funk und Fernsehen politisch und wirtschaftlich unabhängig bleiben soll, dann gibt es nur eines:

Volksentscheid 1. Juli 1973 Ja
Wir stimmen mit

Was uns alle angeht - auch in Finsing

Ein Gutachten des Bayerischen Landesamtes für Wasserversorgung und Gewässerschutz vom März 1973 besagt: Die Stadt München entnimmt aus der Schotterebene zu viel Trinkwasser, der Grundwasserspiegel sinkt, die Vegetation könnte in Gefahr kommen.

Erst jetzt wird bekannt: Während der Olympischen Spiele war die Münchner Wasserversorgung ernsthaft gefährdet.

Landrat Gillessen (Ldkr. München) schreibt an OB Kronawitter:"Das böse Erwachen steht uns aber in nächster Zeit bevor..." Die mögliche Grundwasserentnahme aus der Münchner Schotterebene sei ausgeschöpft. Zur Vermeidung eines Wassermangels für München und die südlichen und östlichen Randgemeinden müsse sich München um andere Wasservorkommen umsehen.

Bund Naturschutz: Was zur Zeit im Raum München gebaut wird, kann nicht mehr aus dem Grundwasser der Schotterebene versorgt werden. "Das kommt dem Bauen in der Wüste gleich."

München will bekanntlich Grundwasser aus dem Loisachtal beziehen. Dann wird sich das Dilemma auf ein weiteres Gebiet ausdehnen. Leider werden die Warnungen vor den Folgen noch nicht verstanden.

Derzeit rechnen die Experten mit einem mittleren Wasserverbrauch in der Bundesrepublik von 160 bis 200 Litern pro Kopf und Tag und bei den steigenden Ansprüchen mit 400 Litern pro Kopf und Tag im Jahr 2000.

Wo soll das herkommen? Überall - nicht nur in München - steigt der Wasserverbrauch.

Bundesinnenminister Genscher: "Der Umweltschutz ist die politische Herausforderung unseres Jahrzehnts. Mehr und mehr erkennt die Öffentlichkeit, daß wir die vorsätzliche und fahrlässige Zerstörung unserer Umwelt nicht länger hinnehmen dürfen. Es geht bei Umweltschutz nicht um die Fragen, die nur einige wenige berühren, es geht in Wahrheit um die elementarsten Dinge, die jeder Mensch zum Leben braucht: um Wasser und Luft. ... Eine Regierung darf diesen Problemen gegenüber nicht untätig sein."

Deshalb fragte die Bundesregierung in öffentlichen Anhörungen (1971) die Fachleute. Diese meinten: Wasser gäbe es ausreichend, nur müßte es jeweils von weither zu den Ballungsgebieten geleitet werden. Und außerdem müssen jetzt schon in der Bundesrepublik etwa 75% des benötigten Trinkwassers aus mehr oder weniger verschmutzten Flüssen aufbereitet werden - reines Grundwasser ist rar.

Aber das kostet Milliarden. Wieviel, wurde nicht bekannt. Aber die Kosten für die Abwasserklärung wurden genannt: Nachholbedarf für die BRD: 40 bis 80 Milliarden DM - und wenn wir so weiterwachsen wie bisher, weitere 180 bis 360 Milliarden DM bis zum Jahr 2000.

Wenn wir dann noch die Müllbeseitigung und die Luftreinhaltung dazurechnen, dann können wir erwarten, daß wir eines Tages nur mehr dafür arbeiten, den Dreck wegzuschaffen, den wir selbst erzeugen. Die Selbstreinigungskraft der Natur, die dies bis jetzt für uns besorgt hat, ist erschöpft. Schon ist das Naturgleichgewicht ernsthaft bedroht durch Grundwasserabsenkungen, Vergiftung der Gewässer vom Bach bis zum Meer, Erwärmung unserer Flüsse durch immer mehr Kraftwerke - das alles sagen die Fachleute. Aber sie sagen auch: mit der Technik, mit viel Toleranz gegenüber Belästigungen und mit noch viel mehr Geld ist alles "machbar". Und keiner kommt auf den Gedanken, daß einmal zwangsweise und schmerzhaft das kommen wird, was wir jetzt durch Einsicht billiger haben könnten: Stillstand des"Wachstums"

Mehr Menschen, mehr Umsatz, mehr Verkehr, mehr Energie, mehr Sozialeinrichtungen, mehr "Erholungsgebiete", mehr Lärm, mehr Dreck, mehr Naturzerstörung, mehr Streit über all das - mit einem Wort:
mehr"Lebensqualität" ??

Herausgeber: SPD - Ortsverein Finsing
Verantwortlich: Dr. Jürgen Holtz, 8059 Neufinsing, Lindenweg 3